



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Öffentliche Bekanntmachung

einer Sitzung des Stadtplanungsausschusses
am Montag den 05.03.2018 um 18:00 Uhr

Raum, Ort: **Großer Sitzungssaal, Harburger Rathausplatz 1, 21073 Hamburg**

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|---|---|-------------------|
| 1 | Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden -
Stadtplanungsausschuss | 20-3570 |
| 2 | Wohnungsbauprogramm 2018 - Freigabe zur Behördenbeteiligung
<i>Bericht der Verwaltung</i> | 20-3505.01 |
| 3 | Antrag CDU betr. Veraltete Bebauungspläne im Bezirksamtsbereich
<i>Bericht durch die Verwaltung</i> | 20-3162 |
| 4 | Bebauungsplanverfahren Heimfeld 51 (Blohmstraße) - Auswertung
der öffentlichen Plandiskussion
<i>Bericht durch die Verwaltung</i> | 20-3270.02 |
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 6 | Verschiedenes | |

gez. Vorsitzende/r

H/MRL

23.02.2018

An BVG über D4



Mitteilung der Verwaltung

Betr.: Drucksache 20-3448
Südanbindung Containerterminal Altenwerder

Prüfergebnis

Am 09.10.17 gab es einen Informationstermin zu der Baumaßnahme Straßenanbindung Containerterminal Altenwerder Süd (SAS) bei der Rege.

Teilgenommen haben Vertreter der Tiefbauabteilung. Bei dem Termin ging es hauptsächlich um die Abstimmung bezüglich des Bauablaufes in Abhängigkeit mit den anderen Großbaumaßnahmen in diesem Bereich (A7, A26).

Der HPA und der REGE ist hinreichend bekannt, dass ein erhöhtes Aufkommen an Schwerverkehr auf der Straße Moorburger Elbdeich (Bezirksstraße) zu vermeiden bzw. durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden ist. Auf jeder SAS-Besprechung seit 2007 wurde darauf hingewiesen bzw. sogar gefordert. Auch auf der Besprechung am 9.10.

Eine Zustimmung zu dem Verfahren ist aus Sicht der Verwaltung einzig dem Verschickungsverfahren vorbehalten und wurde am 9.10. in keinster Weise signalisiert.

Am 18.10.17 war die REGE zu einem weiteren Gespräch im Bezirksamt. Dabei ging es um spezielle Eckpunkte der der SAS-Planung, wie Stützmauern, Entwässerung und spätere Zuständigkeiten und es wurde auch wieder das Thema „Verhinderung Durchgangsverkehr,“ angesprochen. Ein Protokoll zu diesem Gespräch liegt uns nicht vor.

Boekhoff



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Beschlussvorlage öffentlich	Drucksachen-Nr.: 20-3570 Datum: 21.02.2018
------------------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Stadtplanungsausschuss	

Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden - Stadtplanungsausschuss

Sachverhalt:

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Herrmann ist als stimmberechtigtes Mitglied des Stadtplanungsausschusses ausgeschieden und übernimmt stattdessen im Stadtplanungsausschuss die ständige Vertretung. Daher wird eine Neuwahl für das Amt des stellv. Vorsitzes erforderlich.

Das Vorschlagsrecht liegt bei der GRÜNE-Fraktion

Petitum/Beschluss:

Anlage/n:



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Beschlussvorlage öffentlich	Drucksachen-Nr.: 20-3505.01 Datum: 15.02.2018
------------------------------------	---

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Stadtplanungsausschuss	

Wohnungsbauprogramm 2018 - Freigabe zur Behördenbeteiligung

Sachverhalt:

hier: Beschluss der neuen Potenzialflächen und Freigabe zur Behördenbeteiligung

Ausgangslage / Anlass

Das Wohnungsbauprogramm 2018 befindet sich derzeit in Vorbereitung durch das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung. Gegenüber dem Wohnungsbauprogramm 2017 schlägt die Verwaltung die Ergänzung mehrerer Potenzialflächen vor, weiterhin werden die bisher nicht umgesetzten Potenzialflächen auf die aktuellen Sachstände aktualisiert.

Beschlusslage

Die neuen Potenzialflächen-Vorschläge wurden im Stadtplanungsausschuss hiermit am 19.02.2018 erstmalig zur Kenntnis gegeben.

Vorgang

Im Anschluss an die Zustimmung des Stadtplanungsausschusses sollen die Steckbriefe und ein Grobentwurf des Wohnungsbauprogramms 2018 in die Behördenbeteiligung gegeben werden. Im Anschluss daran erfolgt eine erneute Beteiligung des Stadtplanungsausschusses mit den Ergebnissen der Behördenbeteiligung.

Fazit

Das Bezirksamt bittet um Zustimmung zu den neuen Potenzialflächen, um diese mit den aktualisierten Steckbriefen der verbliebenen Steckbriefe in die Behördenbeteiligung zu geben.

Petitur:

Der Stadtplanungsausschuss wird um Zustimmung zu den neuen Steckbriefen und zur Behördenbeteiligung gebeten.

Gez. Jörg Heinrich Penner
Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Anlage/n:



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag	Drucksachen-Nr.: 20-3162
CDU-Fraktion; Fischer, Ralf-DieterS; chneider, Uwe; Bliefernicht, Rainer	Datum: 11.09.2017

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich		

Antrag CDU betr. Veraltete Bebauungspläne im Bezirksamtsbereich

Sachverhalt:

Der Baudezernent und Vertreter der Stadtplanungsabteilung haben in Zusammenhang mit Bauvorstellungen im Bereich des Bebauungsplans Rönneburg 4 (Reeseberg/Wasmerstraße) die Ansicht vertreten, dass entgegen der planerischen Ausweisung (eingeschossig Ladengebiet) sie im Wege der Befreiung abweichend vom Plan achtgeschossigen Wohnungsbau genehmigen könnten. Der Stadtplanungsausschuss ist dieser Ansicht nicht gefolgt.

Der Baudezernent hat die Auffassung der Verwaltung damit begründet, dass aus seiner Sicht der Plan total veraltet sei und ein eingeschossiges Ladengeschäft an dieser Stelle nicht mehr benötigt würde. Von daher sei der wesentliche Planinhalt gegenstandslos. Bei derart überalterten Plänen könne man daher ohne Veränderung der Planausweisungen weitestgehende Abweichungen zulassen.

Diese Auffassung steht nicht im Einklang mit Sinn und Zweck von Bebauungsplänen und würde im Hinblick auf Gleichbehandlung viele Bürger, die häufig selbst für kleinste Erweiterungen von vorhandenen Gebäuden oder Überschreitung von Baugrenzen und -linien keine Genehmigung erhalten, benachteiligen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung beschließt:

Die Bezirksverwaltung möge der Bezirksversammlung unverzüglich einen umfassenden Bericht vorlegen, der darüber Auskunft gibt, welche Bebauungspläne aus Sicht der Verwaltung aus Altersgründen oder wegen veränderter Umstände praktisch gegenstandslos sind und es ermöglichen würden, Planrecht durch Einzelfallentscheidungen von erheblichem Umfang der Befreiungen vollständig zu ersetzen.

Die Bezirksversammlung erwartet darüber hinaus, dass in derartigen Fällen vor einer Befassung der Regionalausschüsse mit Bau- oder Vorbescheidsanträgen zunächst der Sachverhalt umfassend im dafür zuständigen Stadtplanungsausschuss dargestellt wird und keine überraschenden Einzelfallentscheidungen erfolgen.

Hamburg, am 07.09.2017

Ralf-Dieter Fischer
Fraktionsvorsitzender

Uwe Schneider
Rainer Bliefert



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Mitteilungsvorlage öffentlich	Drucksachen-Nr.: 20-3270.02
	Datum: 15.02.2018

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Stadtplanungsausschuss	

Bebauungsplanverfahren Heimfeld 51 (Blohmstraße) - Auswertung der öffentlichen Plandiskussion

Sachverhalt:

Auswertung der Öffentlichen Plandiskussion vom 19.02.2018.

Anlage/n: